



Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni erklärt Simone Peter, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni erklärt Simone Peter, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Über 60 Millionen Flüchtlinge zählt das UNHCR derzeit, ein globales Drama unfassbaren Ausmaßes. Gerade mit Blick auf den syrischen Bürgerkrieg vor den Toren Europas, ist mehr denn je eine couragierte und beherzte Flüchtlingspolitik gefragt. Bundesregierung und EU müssen deshalb ihre Anstrengungen verstärken, um der Notlage in und um Syrien gerecht zu werden. Angesichts der oft unbefriedigenden Zustände in den deutschen Auslandsvertretungen rund um Syrien, bedarf es einer massiven personellen und finanziellen Aufstockung vor Ort. Nur so kann eine Visaerteilung zur Einreise und zum Schutz von Flüchtlingen gewährleistet werden. Die ohnehin schon viel zu geringen Aufnahmekontingente können derzeit nicht ausgeschöpft werden. Im Sinne einer humanen Flüchtlingspolitik muss auch der Familiennachzug nach Deutschland stark vereinfacht werden. Verpflichtungserklärungen für syrische Familienangehörige gehören dringend auf den Prüfstand. Es ist schlicht unmenschlich, von Krieg und Flucht betroffenen Familien solch hohe bürokratische Hürden in den Weg zu stellen. Bundesinnenminister de Maizière lehnt derzeit nicht nur eine Vereinfachung der Familienzusammenführung ab, er sträubt sich auch gegen eine humane Auslegung der geltenden Regelungen. So bleibt vielen Flüchtlingen nur die mörderische Überfahrt über das Mittelmeer, auch wenn hierzulande schon Mütter, Väter und Kinder warten." Bündnis 90/Die Grünen
Telefon: 030/28442130
Telefax: 030/28442234
Mail: presse@gruene.de
URL: <http://www.gruene-partei.de>

Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.